

# Knast als gewerkschaftsfreie Zone?

## Über die Möglichkeiten einer Gefangenen-Gewerkschaft

**Oliver Rast** Seit Ende Mai letzten Jahres existiert die Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), die aus der Gefangenen-Gewerkschaft der JVA Tegel hervorgegangen ist. Die GG/BO ist ein nicht rechtsfähiger, bzw. nicht eingetragener Verein auf der Basis des § 21 i.V.m. § 54 BGB. Des Weiteren stützt sich die Gewerkschaftsinitiative auf die im Grundgesetz in Art. 9, Abs. 3 verankerte Koalitionsfreiheit. Die GG/BO bewegt sich formaljuristisch auf sicherem Terrain und nimmt lediglich verbrieft Rechte in Anspruch.

Mit der Gründung der GG/BO sind Knäste seitens der Gefangenen keine gewerkschaftsfreie Zone mehr. Die Gewerkschaftsgründung ist eine authentische Initiative aus dem Knast heraus. Darin liegt auch der zentrale emanzipatorische Akt der Gefangenen. Daraus folgt, dass Menschen mit aktuellem Hafthintergrund oder mit vergangenen konkreten Erfahrungen in der Haft die GG/BO vornehmlich nach innen und nach außen repräsentieren sollen. Diese „Ausweiskarte“ ist bedeutsam, um bei den Gefangenen den nötigen Akzeptanzgrad zu finden und vor allem beizubehalten.

Bisherige Anläufe einer gewerkschaftlichen Organisierung von Inhaftierten blieben in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig im Ansatz stecken. Mit ein, zwei Ausnahmen: Eine 1968 als eingetragener Verein gegründete (kurzlebige) „Deutsche Gefangengewerkschaft“ (DGG) unter der Federführung des ehemals inhaftierten Publizisten und Verlegers Alfons Bitterwolf geriet schnell ins Fadenkreuz der Staatsanwaltschaft, da wegen Betrugs und Korruption Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Dieser Gewerkschaftsverein fungierte eher als Deckblatt für abseitige Geschäftsinteressen, als das er ein „Kampfinstrument“ der arbeitenden Gefangenen im Strafvollzug sein konnte. (vgl. Spiegel 30/1969) Verlaufspuren einer Selbstorgani-

sierung von inhaftierten Gewerkschafter\_innen finden sich des Weiteren in den Jahren 1984-1988. Häftlinge mit dem Schwerpunkt in NRW gruppierten sich um eine „Gewerkschaft Solidarität“, deren Aktionsradius indes in der Rückschau kaum messbar ist.

### Auf welchen Prinzipien gründet die GG/BO?

Gewerkschaftsarbeit tritt im Einzelnen höchst unterschiedlich auf. Eine Vielzahl von Gewerkschafts- und Interessenverbänden setzt sich für bestimmte Personengruppen und deren Belange ein. Allerdings lassen sich mehrere Wesenszüge benennen, die für eine gewerkschaftliche Tätigkeit charakteristisch sind.

Eine Gewerkschaft wie die GG/BO, die der lobbylosen sozialen Gruppe der Gefangenen als Sprachrohr dient, gründet dabei im Wesentlichen auf drei Prinzipien:

1.) Das Prinzip der Autonomie besagt, dass die GG/BO eigenverantwortlich und selbstbestimmt auftritt.

Sie ist kein Anhängsel bestehender Strukturen, Organisationen oder Bewegungen vor den Gefängnismauern, sondern im besten Sinne des Wortes „autonom“. Das schließt eine Parteilichkeit für die eigenen Interessen ausdrücklich mit ein.

2.) Das Prinzip der Umgestaltung der Verhältnisse beinhaltet, dass (tiefgehende) Veränderungen angestrebt werden, die zu einer Verbesserung der Situation der (arbeitenden) Gefangenen führen sollen.

Neben den beiden Kernthemen (Mindestlohn und Rente) ist auf die Arbeitsbedingungen in den JVA-Betrieben zu zielen. In das Blickfeld ist hierbei vor allem der Akkord in Form der Stücklohnbezahlung in den so genannten Unternehmerbetrieben in den Haftanstalten zu nehmen.

3.) Und nicht zuletzt orientiert sich die GG/BO am Prinzip der Solidargemeinschaft (Zusammengehörigkeit, Gemeinschaftssinn).

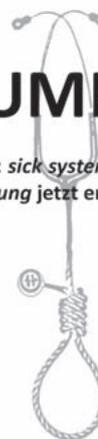
Auch wenn die Population der Gefangenen in den Haftanstalten höchst fraktioniert ist, können an ausgewählten Punkten gemeinsame Interessen entwickelt und ausgedrückt werden. Ein Gefühl von Einheit und Genossenschaft kann sich einstellen, was die „Gefangenenfront“ von innen heraus stärkt.

Einerseits kann die GG/BO als sog. Spartengewerkschaft gesehen werden, da sie sich auf inhaftierte Menschen fokussiert. Andererseits betreibt sie keine Klientel-Politik, um verschiedene Berufsgruppen aufgrund nachgesagter oder wirklicher Partikularinteressen gegeneinander auszuspielen. Die GG/BO verkörpert stattdessen einen Unions-Gedanken dahingehend, dass unabhängig jedweder Hintergründe (u. a. Delikt oder Herkunft) Gefangene in den bundesrepublikanischen Haftanstalten Mitglied der GG/BO werden können. Die Entfaltung eines solidarischen Umgangs unter- und miteinander steht hierbei im Vordergrund, um Spaltungslinien zu überwinden.

### Anzeige

## FORUMRECHT

Ausgabe 4/14: *sick system – Gesundheit und Selbstbestimmung jetzt erhältlich*



Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

[www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de)

[twitter.com/\\_ForumRecht](https://twitter.com/_ForumRecht)

## Welche Etappen der Entwicklung verfolgt die bundesweite Knast-Gewerkschaft?

Eine Ausweitung der GG/BO auf JVAs im gesamten Bundesgebiet hat - von der JVA Berlin-Tegel ausgehend - schnell stattgefunden. In einem halben Dutzend Knästen kann die GG/BO über ihre Sprecher Präsenz zeigen. In etlichen Weiteren bestehen teils enge Kontakte zu Inhaftierten. Das Ziel ist klar: in keiner JVA soll die „soziale Schutzmacht“ der GG/BO fehlen.

Um ein inter-gewerkschaftliches Netzwerk zu schaffen, werden mit engagierten Gewerkschafter\_innen aus den Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und den Basis-Gewerkschaften wie der Freien Arbeiter- und Arbeiterinnen Union (FAU) sowie den Industrial Workers of the World (IWW) wahlweise lockere oder engere Kooperationsverhältnisse eingegangen. Die GG/BO stellt sich hinsichtlich ihrer (potentiellen) Kooperationspartner\_innen pluralistisch auf.

Vorrangig geht es darum, die GG/BO-Forderungen und -Zielsetzungen im heterogenen Gewerkschaftsspektrum vorzustellen und „salonfähig“ zu machen. In den Vorständen und im Mittelbau der Einzelgewerkschaften des DGB sind augenblicklich gewisse Berührungängste wahrzunehmen. Allerdings häufen sich die Solidaritätserklärungen aus den Basisstrukturen insbesondere von ver.di (ver.di-Jugend, Erwerbslosenausschüsse etc.) zusehends.

Die von der GG/BO angeschobenen Initiativen innerhalb der Knäste werden erst dann erfolgversprechend, wenn sie durch zahlreiche und kontinuierliche Unterstützungsleistungen außerhalb derselben flankiert werden. Zwei sozialpolitische GG/BO-Forderungen stehen aktuell im Mittelpunkt: erstens der allgemeine flächendeckende gesetzliche Mindestlohn für Gefangenenarbeit und zweitens eine Rentenversicherung für Inhaftierte.

Diese formulierten sozialreformerischen Forderungen von Gefangenen sind bis tief ins liberale Milieu hinein konsens- und gesamtgesell-

schaftlich mehrheitsfähig.

Im Grunde wird mit diesem Forderungskatalog lediglich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz rekurriert, Menschen in Haft jene arbeits- und sozialrechtlichen Standards zukommen zu lassen, die vor den Schleusen der JVA's Allgemeint sind. Die gewerkschaftspolitische Tätigkeit der GG/BO bleibt zunächst auf diese beiden Aspekte konzentriert.

Mit diesen klar umrissenen und leicht nachvollziehbaren Mindestforderungen will sich die gewerkschaftliche Interessenvertretung sowohl innerhalb der Schar der Gefangenen als auch außerhalb der „Parallelwelt Knast“ plausibel machen. Zudem entspricht diese Linie der momentanen Mobilisierungsfähigkeit einer knastspezifischen Gewerkschaftsinitiative, die ohne Starthilfe und Anschubfinanzierung von außen auskommen musste, was ihr allerdings auch den Nimbus zuteil werden lässt, authentisch zu sein.

Fraglos ist, dass etappenweise über den Weg des Mindestlohns und der Rentenversicherung für Knastinsassen die uneingeschränkte Gewerkschaftsfreiheit in der Unfreiheit der Haft erreicht werden soll. Die Erringung der Versammlungsfreiheit von gefangenen Gewerkschafter\_innen und die Durchsetzung der Tariffähigkeit im Vollzug der Anstalten stehen dabei weit oben auf der Agenda.

## Ist die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern durchsetzbar?

Die GG/BO berührt offenkundig neuralgische Punkte des bundesrepublikanischen Strafvollzugs. Ein selbstbewusstes Auftreten von Inhaftierten ist im durchreglementierten Vollzugsleben nicht vorgesehen. Es ist aber nicht mehr die Frage, ob eine Organisierung von arbeitenden Gefangenen möglich ist - sie ist möglich und zugleich notwendig, um gegen Lohndumping und Billiglöhnerie in den Haftanstalten politisch und juristisch vorzugehen.

Die staatlich sanktionierte Preisdrückerei in der Betriebswelt hinter

### Rubrik: Knast

Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 15.5.15 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her mit den Adressen.

**Kontakt: [knast@gruenes-blatt.de](mailto:knast@gruenes-blatt.de)**

**Neue Postadresse:**  
grünes blatt  
Arndtstr. 37  
38118 Braunschweig

Gittern wird von den Anstaltsleitungen als Wettbewerbsvorteil angesehen. Knäste werden so zu Sonderwirtschaftszonen, in denen arbeits- und sozialrechtliche Standards faktisch ausgehebelt werden können. Konzerne funktionalisieren Knäste als verlängerte Werkbank und lagern bestimmte Tätigkeiten in die JVA-Betriebe aus. Im Zuge der Teilprivatisierung von JVA's, wie beispielsweise in Burg in Sachsen-Anhalt, wird an der Akkord-Schraube der zu produzierenden Stückzahl durch beschäftigte Inhaftierte massiv gedreht.

Die bundesdeutsche Variante des Prison Industrial Complex (PIC) ist bereits in Teilen Realität.

Dieser Tendenz ist vor Ort durch die arbeitenden Gefangenen im direkten Verbund mit ihren nicht einsitzenden Unterstützer\_innen und Kolleg\_innen entgegenzutreten. Die GG/BO stellt trotz ihrer geringen Kapazitäten und kurzen Lebensdauer bereits jetzt einen Faktor dar, um im Sinne einer interventionsfähigen gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu wirken.

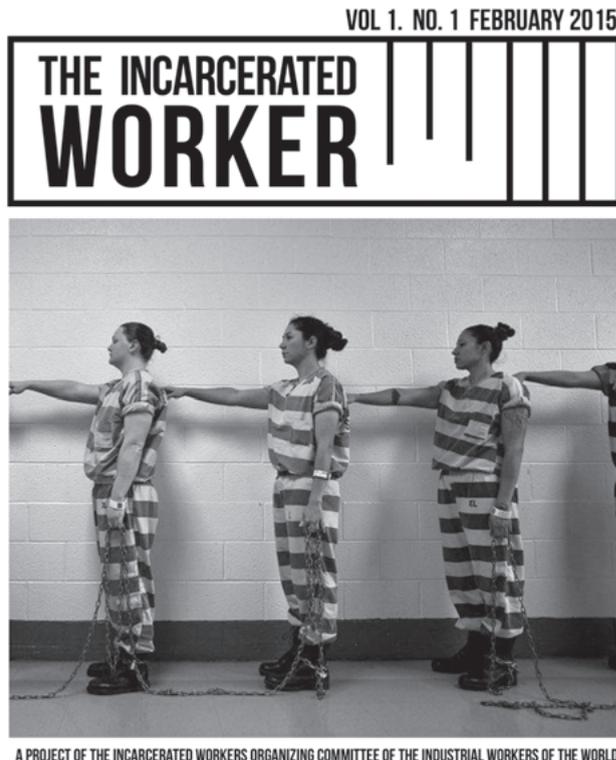
Das Engagement gegen prekäre Arbeitsverhältnisse kann nicht vor den Stahltoren der Haftanstalten Halt machen. Es gehört zu den ureigenen Aufgaben selbstorganisierter (basis-)gewerkschaftlicher Initiativen, solche Zustände nicht nur anzuprangern, sondern Wege und Mittel der Skandalisierung zu finden, um diese letztlich abzuschaffen. Eine Hebung der ökonomischen Klassenlage ist dabei ein Minimalziel, dem die Betroffenen u. a. durch eine Verteuerung ihrer verbrauchten Arbeitskraft näher kommen können.

In der Zielstellung geht es der GG/BO um die Erlangung aller Gewerkschaftsrechte hinter Schloss &

Riegel, die ihr (bislang) vorenthalten werden (sollen). Das bedeutet in der Zuspitzung, dass inhaftierte und nicht-inhaftierte gewerkschaftliche Aktivist\*innen gleichermaßen nicht auf Arbeitskampfmittel verzichten sollen, die zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ geeignet sind. Die Lohnfrage ist hierbei eine zentrale Frage des wirtschaftlichen Kampfes und die Rentenfrage eine der sozialen Absicherung im Alter.

Durchsetzbar werden diese legitimen sozialreformerischen Forderungen dann, wenn sich Kräfteverhältnisse innerhalb und außerhalb der Knäste zu verschieben beginnen. Eine Stärkung der GG/BO verschiebt ebendiese Kräfteverhältnisse - partiell zumindest.

Oliver Rast - Sprecher der GG/BO  
[www.gefangenengewerkschaft.de](http://www.gefangenengewerkschaft.de)



Eine neue Veröffentlichung der „Industrial Workers of the World“ (IWW) aus den USA:

The Incarcerated Worker (Der/die eingekerkerte Arbeiter\_in).

Seit etwa einem Jahr organisieren sich Gefangene und Unterstützende von draußen als „IWW Incarcerated Workers Organizing Committee“, um Belange wie Knastarbeit und deren Bedingungen zu thematisieren.

Download:  
[www.iww.org/content/first-issue-incarcerated-worker](http://www.iww.org/content/first-issue-incarcerated-worker)

## Kalifornien:

# Hunderte aus Isohaft entlassen - Tausende verbleiben

**Sal Rodriguez** Der erste staatsweite Hungerstreik gegen die Anwendung von Isolationshaft in kalifornischen Gefängnissen ist über drei Jahre her. Die Hungerstreiks verursachten Verhandlungen über Gesetze, internationale Untersuchungen und ein paar Reformen.

"Security Housing Units" (SHUs)<sup>1</sup> wurden 1989 im Pelican Bay State Prison eingeführt, und waren dafür konzipiert, die "Schlimmsten der Schlimmen" 22 1/2 bis 24 Stunden am Tag in engen, sicheren Isolationszellen festzuhalten. Heute gibt es SHUs in einem Frauen- und vier Männerknästen. Trotz dieser Ausweitung hat Kalifornien in den SHUs nicht „genug“ Platz, weshalb weitere Gefangene in „Administrative Segregation Units“ (ASUs/Ad-Segs)<sup>2</sup>, die auf alle Knäste verteilt sind, gesteckt werden. 2011 saßen schon Tausende in SHUs, davon über 1.100 alleine in der Pelican Bay SHU. Etwa die Hälfte von ihnen hatte schon über ein Jahrzehnt in der SHU verbracht, 78 Menschen schon mindestens 20 Jahre. Im Juni 2011 koordinierten Einzelpersonen in der Pelican Bay SHU

einen Hungerstreik als Protest gegen Langzeit-Isolation. Der Hungerstreik dauerte drei Wochen an und brachte Menschen aller kulturellen Gruppen zusammen. In dem Jahr gab es noch einen weiteren Hungerstreik, dem 2013 ein dritter, 60 Tage langer Hungerstreik folgte.

Von Oktober 2012 an hat das "California Department of Corrections and Rehabilitation" (CDCR) die Kriterien für eine SHU-Unterbringung verändert, ein "Step Down Program" für einen Wechsel Gefangener aus der SHU heraus erstellt und einen Prozess begonnen, in dem der "Fall" jeder einzelnen Person in einer SHU oder ASU/Ad-Seg überprüft wird, um die Verhältnismäßigkeit ihrer Unterbringung zu überprüfen. Die Überprüfungen laufen weiter, aber die bisher gesammelten Daten sind schon recht aufschlussreich:

Laut der Daten vom CDCR wurden 725 SHU-Überprüfungen durchgeführt, etwa 69% davon haben zu einer Verlegung in den letzten Schritt des "Step Down Program" und/oder den Normalvollzug geführt. Bei den ASU/Ad-Seg-Überprüfungen haben

63% zu einer Rückkehr in den Normalvollzug geführt.

Dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Erstens haben zweifelsfrei die vorgenommenen Fall-Überprüfungen dazu beigetragen. Zweitens sollte - teilweise aufgrund gerichtlich angeordneter Reformen bezüglich der Isolierung von Personen, die in psychologischer/psychiatrischer Behandlung sind - die Anzahl der Einzelhaftgefangenen verringert werden. Drittens ist es möglich, dass manche Personen in Isolationsstrakten in den letzten Jahren von verringerten Gefangenenzahlen profitiert haben.

Nun gibt es Grund zum vorsichtigen Optimismus in Anbetracht der Datenlage. Zugleich gibt es noch viel mehr, was getan werden kann.

Übersetzung und Kürzung: Rowena;  
 Ausführlicher, englischer Original-Artikel:  
[prisonerhungerstrikesolidarity.wordpress.com/2015/02/06/in-ca-prisons-hundreds-have-been-removed-from-solitary-confinement-and-thousands-remain/](http://prisonerhungerstrikesolidarity.wordpress.com/2015/02/06/in-ca-prisons-hundreds-have-been-removed-from-solitary-confinement-and-thousands-remain/)  
 1),2) Begriffserklärungen und mehr in „Knastkämpfe in Kalifornien“, Ausgabe 62  
<http://gruenes-blatt.de/index.php/2013-02>